

INHALT

SACHSEN-ANHALT

Schluss mit der Stagnationspolitik. CDU eröffnet heiße Wahlkampfphase in Haldensleben

SEITE 6

KARLSRUHER URTEIL

Verfassungsbruch der Schröder-SPD gestoppt

SEITE 10

DOKUMENTATION

Bürger machen Staat. Landessieger des CDU-Bürger-Preises und des E-Community-Preises

KANTIG. ECHT. ERFOLGREICH.

Das Gegenmodell zu Schröder

Die Generalsekretäre von CDU und CSU, Thomas Goppel und Laurenz Meyer, und Edmund Stoibers Medienberater Michael Spreng und haben am 4. April die gemeinsame Werbelinie für den Kanzlerkandidaten vorgestellt.

Sie zeigt das Bild eines Mannes, der sich treu bleibt, der sich auch als Kanzlerkandidat nicht verbiegt oder verbiegen lässt, eines Mannes, der sich zu seinen Ecken und Kanten bekennt, der sagt was er denkt und denkt was er sagt. *Fortsetzung Seite 2*

Die für politische Werbung völlig neue Bildsprache zeigt einen Mann des Dialogs, einen nachdenklichen offenen Politiker, der zuhört und – symbolisiert durch seine aktiven Hände – einen Mann der Taten. Die Werbung präsentiert den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten so, wie er ist: den authentischen, echten Edmund Stoiber, der als bayerischer Ministerpräsident neue Maßstäbe des politischen Erfolges gesetzt hat.

Kantig, echt, erfolgreich – das ist nicht nur das Profil des Kanzlerkandidaten der Union, sondern auch das treffende Gegenmodell zu Gerhard Schröder.

Großflächen mit diesem Motiv werden in jeder deutschen Landeshauptstadt plakatziert. Darüber hinaus werden CDU und CSU 16.000 Wandzeitungen mit diesem Motiv an die Kreis- und Ortsverbände verschicken. Außerdem ist eine Postkartenaktion vorbereitet: Erstauflage 160.000.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Wahlkampf um die besseren Konzepte

Die Union wird im Wahlkampf ihre besseren Zukunftskonzeptionen den schlechten Ergebnissen des rot-grünen Feldversuchs in Deutschland gegenüberstellen.

Die Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung und ihre fehlende reformerische und visionäre Kraft wirken sich negativ auf unser Land aus. Mit 4,3 Millionen Arbeitslosen, einer Rekordzahl bei den Unternehmenspleiten, dem drohenden Kollaps des Gesundheitssystems, hoher Steuerbelastung und enormer Staatsverschuldung hat uns diese Bundesregierung in allen Bereichen zum Schlusslicht in Europa gemacht.

Deshalb werden wir selbstverständlich das Thema „Versprochen-Gebrochen“ zum zentralen Gegenstand der Wahlkampfaus-einandersetzung machen und den Versprechen Schrö-

ders die Ergebnisse seiner Politik gegenüberstellen.

Darüber hinaus wird die Union eine Wahlkampagne führen, die die positiven Perspektiven unseres Landes nach einem Regierungswechsel aufzeigt. „Deutschland hat eine bessere Regierung verdient“ – das ist eine der Kernaussagen der Union im Wettbewerb um die besten Ideen. CDU und CSU werden Ende April ihr gemeinsames Wahlprogramm vorlegen, in dem sie die notwendigen politischen Weichenstellungen für die kommende Legislaturperiode darstellen.

Die Person des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber und die herausragenden Erfolge seiner Regierungspolitik sind der beste Beleg dafür, dass Politik in diesen Zeiten Positives bewegen kann. „Gemeinsam mehr aus Deutschland machen“ – das ist das einhellige Ziel beider Unionsparteien.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Es geht uns um den **Erhalt** der Arbeitsplätze

In seiner ersten Sitzung nach der Osterpause am 8. April hat sich das Präsidium der CDU mit der Lage im Nahen Osten beschäftigt. Die Parteivorsitzende betonte, dass „das Existenzrecht des Staates Israel für die Union an vorderster Stelle“ stehe.

Zugleich werde die CDU alle Bemühungen unterstützen, die geeignet sind, „den Palästinensern eine Perspektive zu bieten, um Frieden und Sicherheit in der Region“ neu zu verankern. Ausdrücklich begrüßte Angela Merkel die jüngste Nahost-Initiative der USA. Auch sei es ein ermutigendes Zeichen, dass Ministerpräsident Ariel Sharon diesen diplomatischen Aktivitäten positiv gegenüberstehe.



den. Erneut habe das Präsidium auch über die Zukunft der Bundeswehr diskutiert. Angela Merkel kündigte an, dass eine „kleine Arbeitsgruppe“ mit Wolfgang Schäuble, Volker Rühle und den Verteidigungspolitikern von CDU und CSU hierzu ein gemeinsames Maßnahmenpaket vorlegen werde.

Die Parteivorsitzende bekräftigte, dass die Aufklärung der SPD-Korruptionsaffären durch die Sozialdemokraten „absolut unzureichend“ erfolge. Während die CDU nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe sofort unabhängige Wirtschaftsprüfer eingeschaltet habe, sei bei der SPD nur die Innenrevision in Gang gesetzt worden. Insgesamt arbeite die SPD ihre Affären „sehr zäh, sehr langsam und mit wenig Elan“ auf. Die ei-

gentliche Aufklärungsarbeit werde von journalistischer Seite geleistet.

Für einen starken Medienstandort

Angesichts der Insolvenz von Kirch Media bezeichnete die Parteivorsitzende die Gründung einer Auffanggesellschaft der Banken als denkbaren Weg. Dabei machte sie deutlich, dass die CDU jede Lösung unterstützen werde, die den Erhalt der Arbeitsplätze sichere. Die Union befürworte einen starken Medienstandort Deutschland mit starken Akteuren aus dem eigenen Land. Vorwürfe des Bundeskanzlers an die Adresse seines Herausforderers Edmund Stoiber wies Angela Merkel als „unsachlich“ zurück.

Schröder werde „nervös“, weil er und seine Regierung die schlechte Wirtschaftslage mit der „dramatisch hohen Zahl von Insolvenzen“ zu verantworten habe. Der Kanzler habe Deutschland an das „Tafel-Ende in Europa“ geführt.

UD

Kleine Arbeitsgruppe Bundeswehr

Neben der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat sich das Präsidium mit dem gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU befasst. Es soll am 29. April der Öffentlichkeit vorgestellt wer-

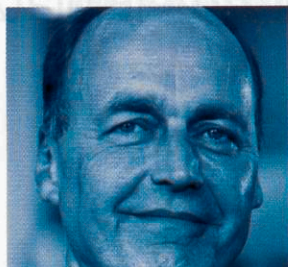
GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Der Pleitekanzler

Zur Veröffentlichung der jüngsten Arbeitsmarktzahlen erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer:

Die Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, und der Kanzler ist nervös. Deshalb der peinliche Versuch, Edmund Stoiber persönlich unter der Gürtellinie zu attackieren. Das ist das unredliche Bemühen, sich aus der wirtschaftspolitischen Verantwortung zu stehlen. Es wird ihm aber nicht gelingen, die Ergebnisse seiner miserablen Wirtschaftspolitik dem bayerischen Ministerpräsidenten in die Schuhe zu schieben.

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und



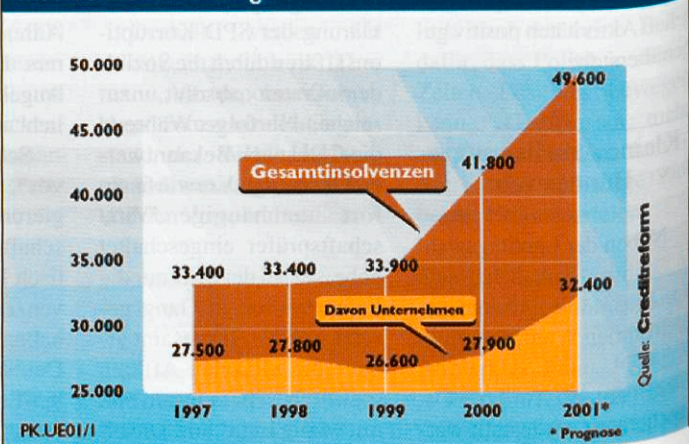
den Arbeitsmarkt sind im Bund falsch gesetzt. Das ist das eigentliche Versagen der Bundesregierung unter der Führung von Gerhard Schröder. Er hat unser Land an das Tabellenende in Europa geführt.

Die schwache Konjunktur und die miserablen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen zu einem Un-

ternehmenssterben unbekanntes Ausmaßes. Alle 15 Minuten geht in Deutschland ein Unternehmen pleite. Holzmann und Kirch sind nur die Oberfläche der Pleitewelle, die durch Deutschland schwappt. Mit 32.300 Unternehmensinsolvenzen hat dieser Kanzler einen traurigen Rekord zu verbuchen. Die Konkursrate ist im Jahr 2001 um 20 Prozent gestiegen. Allen Voraussagen nach werden sie auch im Jahr 2002 um weitere 20 Prozent zulegen. Die Zahl der Insolvenzen größerer Unternehmen (mit über 100 Beschäftigten) hat im vergangenen Jahr sogar um 34 Prozent zugenommen. Das alles

Starker Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen: Mit 49.600 hat die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht; gegenüber 2000 eine Steigerung von 18,7 Prozent. Während der massive Anstieg von 1999 auf 2000 (23,4 Prozent) von den Verbraucherinsolvenzen verursacht wurde, ist nun auch bei den Unternehmensinsolvenzen eine klare Zunahme zu erkennen.

Insolvenzentwicklung 1997 – 2001



bleibt nicht ohne Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt.

Auch die jüngsten Zahlen aus dem Einzelhandel sind alarmierend. Der steckt in seiner schwersten Krise seit 50 Jahren. Der Hauptverband des deutschen Einzelhandels befürchtet sogar die Schließung von 15.000 Geschäften und den Verlust von 50.000 Arbeitsplätzen.

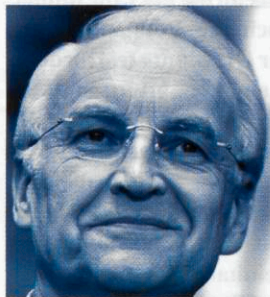
Schröders Weg des Populismus und Staatsinterventionismus ist fehlgeschlagen. Die Menschen spüren, dass es so nicht weiter geht. Schröders jüngster Versuch, auch noch öffentliche Mittel für die Bundesliga einzusetzen, ist kläglich an der Entrüstung der Bevölkerung gescheitert.

Was von Schröder als Steilpass gedacht war, ist zum Eigentor geworden.

EDMUND STOIBER:

Keine Steuergelder für den Profi-Fußball

■ Ich bin ein leidenschaftlicher Fußballanhänger. Aber es ist nicht die Aufgabe des Steuerzahlers, Millionen für den Profi-Fußball zur Verfügung zu stellen. Ich lehne es strikt ab, dass der Profi-Fußball von den deutschen Steuerzahlern finanziert wird.



■ Wer die Fernsehrechte an den Spielen der 1. und 2. Liga hat oder sie bekommt, dersoll auch dafür bezahlen - und damit die Bundesliga mitfinanzieren. Diese Spiele sind schließlich eine erstklassige Ware.

■ Es ist doch erstaunlich, dass Bundeskanzler Schröder den vier Millionen Arbeitslosen nur eine Politik der „ruhigen Hand“ anbieten, aber für den Profi-Fußball die Bundesschatzkiste öffnen will.

DIETRICH AUSTERMANN:

Schröder stellt sich ins Abseits

Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke hat jetzt bestätigt:

Es habe Gespräche über staatliche Bürgschaften von Bund und Ländern für die Fußball-Bundesliga für den Fall einer Insolvenz der Kirch-Gruppe gegeben. Die Bürgschaften sollen die Clubs der 1. und 2. Fuß-

ball-Bundesliga vor dem Konkurs bewahren.

In der bisherigen Diskussion um die Zahlungsschwierigkeiten der Kirch-Gruppe war immer zu hören, dass seine „Fußballrechte“ zu den wertvollsten Teilen der Kirch-Gruppe gehören. Wenn das tatsächlich der Fall ist, dann wird

sich hierfür am Markt auch ein Finanzier finden. Deshalb ist es zweifelhaft, ob eine Bundesbürgschaft, die nur in engen Grenzen gewährt werden kann, überhaupt ernsthaft in Betracht kommt. Damit entpuppt sich das Bürgschaftsgerede in erster Linie als populistische Augenwischerei.

Schluss mit der Stagnationspolitik der rot-roten **Quasi-Koalition**

„Wenn die PDS, die immer noch die Verstaatlichung der Großindustrie fordert, in einem Land etwas zu sagen hat, dann ist das Gift für Investoren.“ Ministerpräsident Bernhard Vogel bestätigt die scharfe Kritik von Wolfgang Böhmer an Reinhard Höppner:

Alle Aussagen des noch regierenden Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt zeigen, dass er nach der Landtagswahl am 21. April eine Koalition mit der PDS vorbereitet. Einen förmlichen Beschluss dazu gebe es zwar noch nicht. Den habe die SPD vertagt. Aber am Wahltag SPD wählen, hieß: den Sozialdemokraten für eine – diesmal richtige – rot-rote Koalition den Blankoscheck ausstellen.

Der Spitzenkandidat der CDU bei der Landtagswahl, Landesvorsitzender Wolf-

gang Böhmer, gab am 2. April den Startschuss für die heiße Wahlkampf-Phase in Sachsen-Anhalt. Sein Appell an die Wählerinnen und Wähler des Landes: „Beenden Sie die Stagnationspolitik der rot-roten Quasi-Koalition.“

Unter den neuen Bundesländern ist Sachsen-Anhalt dasjenige Bundesland mit den geringsten Erfolgen: „Alle anderen Länder haben es weiter gebracht.“ Die Schuld daran trage Ministerpräsident Höppner, der „immer nur jammert“, sich mit seinen Klageliedern auch überregional schon einen Namen gemacht hat, aber keine Initiativen ergreift.

Wolfgang Böhmer: „Sachsen-Anhalt hat sich auf diese Weise zwarentwickelt, aber nicht zum Guten, sondern zum Land der Frustration und Larmoyanz.“

Neben Wolfgang Böhmer und Bernhard Vogel waren auch Jörg Schönbohm, der stellvertretende Ministerpräsident von Brandenburg, und der designierte sächsische Minister-



Wolfgang Böhmer



Bernhard Vogel

präsident Georg Milbradt nach Haldensleben im Ohrekreis gekommen. Auch deren Aufforderung an die zahlreich erschienen Gäste der Veranstaltung auf dem Marktplatz: ■ Schluss mit Rot-Rot. ■ Vor allem bei der Arbeitslosigkeit müsse die „rote Laterne“ endlich abgegeben werden. ■ Es müssen neue Prioritäten gesetzt werden. ■ Der Weg zu diesem Ziel: die CDU am 21. April zur stärksten Fraktion im Landtag machen.

Aber nicht nur in der Wirtschaftspolitik brauche Sachsen-Anhalt andere Prioritäten. Auch eine ganz andere Bildungspolitik ist nötig. „Leistung mache doch auch Spaß“, versicherte Böhmer, der sein Engagement durch den Slogan „Wir werden das Kind schon schaukeln“ zum Ausdruck bringt.



Jörg Schönbohm



Georg Milbradt

CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt - Microsoft Internet Explorer

Adresse <http://www.cdu-sachsenanhalt.de/>

CDU

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

stark für sachsen-anhalt
21.04.2002
Ludwig - Wirtschaft - Aufschwung!

WAHLEN
PARTEI
Landtagsfraktion
Landesvorstand
Fachausschüsse
Vereinigungen
Abgeordnete
Hintergrund

TERMINE
AKTUELL
PRESSE
LINKS

12 Thesen zur inneren Sicherheit

12 Thesen zur Bildung

Spitzenkandidat
Wolfgang Boehmer

HOME SPENDE KONTAKT IMPRESSUM

Stark für Sachsen-Anhalt

Die Wahl in Sachsen-Anhalt könne ein Signal des Aufbruchs werden, sagte Jörg Schönbohm. Die Politik Höppners, die seit Jahren eigentlich nur noch von der PDS toleriert werde, sei „sogar für die gesamte SPD eine Katastrophe“.

Warum die Magdeburger Regierung am 22. März im Bundesrat dem Zuwanderungsgesetz „einfach so“ zugestimmt habe, fragte der Brandenburger Innenminister. Ob denn Sachsen-Anhalt die Zuwanderung brauche und damit etwa die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle. Man wolle offene Grenzen – so griff auch der thüringische Ministerpräsident das Thema auf –, aber diejenigen, die zu uns kommen, müssen „unsere Hausordnung respektieren“. Großer Beifall für Bernhard

Vogel, als er bekräftigt: „Sie müssen nach unseren Regeln hier leben.“

Auch für Ministerpräsident Milbradt gibt es keinen Zweifel: Das Problem des Landes Sachsen-Anhalt hat einen Namen: Höppner. Wer das Problem lösen wolle, muss CDU wählen.

Angela Merkel: „Wir wollen die Roten vom hohen Ross herunterholen.“ ■ Rhythmischer Beifall für diesen Satz, den die Parteivorsitzende am 8. April in Halle vor mehreren hundert Gästen sagt. Auch für sie ist es vor allem Ministerpräsident Höppner, der auf dem hohen Ross sitzt und mit seiner Politik dafür verantwortlich ist, dass das Land in den letzten Jahren wirtschaftlich immer weiter zurückgefallen ist. ■ „Höppner redet über die Köpfe, die Herzen und die Probleme der Menschen hinweg.“ Dabei verfüge das Land über alle Voraussetzungen für Erfolge. Man müsse allerdings „den Menschen etwas zutrauen“. ■ Damit sich am 21. April möglichst viele an der Wahl beteiligen, kommt es darauf an, zum Wählen-Gehen zu animieren. Angela Merkel: „Die Umfrageergebnisse sehen gut für uns aus. Wir müssen jetzt was daraus machen.“

**Kundgebung mit
Angela Merkel,
Edmund Stoiber und
Wolfgang Böhmer
am 18. April
in Magdeburg**

Das Existenzrecht Israels ist unantastbar

Die Führung der Unionsparteien hat am 5. April angesichts der Eskalation des Nahost-Konflikts auf einer Sitzung in Berlin unter Leitung der Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, eine gemeinsame Erklärung der Unionsparteien zum Nahen Osten verabschiedet:

■ Mit der Eskalation des Nahost-Konflikts ist eine für die Betroffenen unerträgliche und verzweifelte Lage entstanden. Frieden und Stabilität in der gesamten Region sind gefährdet.

Leben ohne Terror

■ Das Existenzrecht Israels ist unantastbar. Dazu gehört auch ein Leben ohne Terror. Deshalb verurteilen wir die Serie von Terroranschlägen, die zum Tod unschuldiger Zivilisten in Israel geführt und die auch die jüngste Verhandlungsinitiative des US-Sondergesandten Zinni wieder zunichte gemacht hat. Palästinenserführer Arafat trifft hier eine beson-

dere Verantwortung, der er in der Vergangenheit nicht gerecht geworden ist.

■ Andererseits hat Ministerpräsident Sharon mit der von ihm verfolgten Politik seine Ankündigung, mehr Sicherheit und Frieden zu schaffen, nicht einhalten können. In der Praxis hat seine Politik zu weniger Sicherheit für Israel und zu weniger Frieden für die Region geführt.

■ Durch Terror und Gewalt lässt sich der Konflikt nicht lösen. Die Konfliktparteien müssen die gewaltsame Auseinandersetzung umgehend beenden, so wie dies in den VN-SR-Resolutionen 1397 (Beendigung aller Gewaltakte, einschl. Terror, Provokation, Anstiftung und Zerstörung) und 1402 (israel. Rückzug aus den paläst. Städten einschl. Ramallah) gefordert wird. Sodann müssen Tenet-Plan sowie die Empfehlungen des Mitchell-Berichts (Ende der Gewalt, vertrauensbildende Maßnahmen, Wiederaufnahme der Verhandlungen) umgesetzt werden.

■ Die unzureichende Bekämpfung terroristischer

Aktivitäten radikaler palästinensischer Kräfte durch die Palästinensische Autonomiebehörde hat viel Vertrauen zerstört. Die Verantwortlichen für diese Taten müssen zur Rechenschaft gezogen und weitere Terrorakte müssen unterbunden werden.

Zwei Staaten

■ Wir unterstützen die am 12. März 2002 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution 1397, welche „die Vision von einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen existieren“, bekräftigt.

■ Der von der Arabischen Liga aufgenommene Vorschlag des Kronprinzen Abdullah von Saudi-Arabien ist eine geeignete Grundlage für Verhandlungen, die zu einer dauerhaften Lösung des arabisch-israelischen Konflikts führen können.

■ Deutsche und europäische Politik im Nahen Osten

ANGELA MERKEL UND EDMUND STOIBER:

Die Union hält an der Wehrpflicht fest

kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich gemeinsam mit Amerika einbringt. Nur zusammen mit allen Garanten des Oslo-Prozesses, insbesondere mit Amerika, aber auch den Vereinten Nationen und Russland lässt sich wirksamer Druck auf die Konfliktparteien ausüben. Deshalb bedarf es einer gemeinsamen Initiative des amerikanischen Präsidenten, der EU-Präsidentschaft, des VN-Generalsekretärs sowie des russischen Präsidenten, um ein Ende von Terror und Gewalt herbeizuführen und einen politischen Prozess wieder in Gang zu bringen.

Europäer gefordert

■ Gleichzeitig müssen die Europäer ihre eigene Handlungsfähigkeit in diesem Konflikt stärken. Deshalb sollten sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf der Grundlage der oben skizzierten Linie auf eine gemeinsame einheitliche und Strategie zum Nahen Osten festlegen.

■ Im Falle einer weiteren Eskalation des Konfliktes müssen die gemeinsam mit den europäischen Partnern geleisteten Hilfen für die Konfliktparteien überprüft werden.

In einer Sitzungspause von „Team 40 plus“, dem gemeinsamen politischen Entscheidungsgremium von CDU und CSU, haben die Parteivorsitzenden, Angela Merkel, und Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, am 5. April zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen Stellung genommen.

Im Mittelpunkt stand angesichts der Eskalation in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten die gemeinsame Erklärung der Unionsparteien zum Nahen Osten: Seite 4/5. Das Existenzrecht Israels sei unantastbar, führte Edmund Stoiber aus. Dazu gehöre auch ein Leben ohne Terror.

Die Konfliktparteien müssten die gewaltsame Auseinandersetzung umgehend beenden, so wie dies in den Resolutionen 1397 und 1402 des UNO-Sicherheitsrates gefordert wird. Die Unionsparteien würden aus diesem Grund vor allem die vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1397 unterstützen, die „die Vision von einer Region bekräftigt, in der zwei Staaten,



Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen existieren“.

Auf einem guten Weg

Angela Merkel skizzierte die im „Team 40 plus“ geführte Debatte über die Zukunft der Bundeswehr. Die Experten von CDU und CSU seien auf einem guten Weg, die einzelnen Standpunkte zur Struktur und Aufgaben der Bundeswehr zusammenzuführen, machte sie deutlich. Vorrangiges Ziel von CDU und CSU werde es sein, die materielle und personelle Lage der Streitkräfte so zu verbessern, dass Deutschland den durch die verfehlte Außen- und Sicherheitspolitik von Rot-Grün verloren gegangenen Einfluss auf dem internationalen Parkett zurückgewinne. ▶

Das Bundesverfassungsgericht stoppt den Verfassungsbruch der Schröder-SPD



Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner jüngsten Entscheidung klipp und klar festgestellt: Die rot-grüne Mehrheit im 1. Untersuchungsausschuss hat während der gesamten Dauer des Untersuchungsverfahrens die im Grundgesetz verankerten Minderheitenrechte der CDU/CSU verletzt.

Das höchste deutsche Gericht hat durch sein klares Urteil dafür gesorgt,

dass die SPD ihre eigenen Rechtsverstöße bezüglich ihres Finanzgebarens nicht mehr länger unter den Teppich kehren kann.

Die dubiose Intransparenz des millionenschweren SPD-Finanz- und Beteiligungsvermögens wird neben der SPD-Korruptionsaffäre die nächsten Wochen den Untersuchungsausschuss in Berlin beschäftigen.

Die Karlsruher Entscheidung wirft auch im Hinblick auf die skandalöse Abstimmung im Bundesrat am 22. März ein grelles Licht auf die Sozialdemokraten: Sie sind ganz offensichtlich immer dann zur Verletzung unserer Verfassung bereit, wenn sie sich davon einen partei-

taktischen Vorteil versprechen.

Der Ausschussvorsitzende Volker Neumann (SPD) wird sich vor dem Hintergrund des Urteils die Frage stellen müssen, in welcher Verantwortung er sich dem Parlament und dem Ausschuss gegenüber sieht. Ganz offensichtlich war er in der Vergangenheit in erster Linie Befehlsempfänger von Müntefering, Schröder und Struck.

Ende der Parteitaktik

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt zu Recht die SPD und ihren Vorsitzenden Schröder in die rechtsstaatlichen Schranken verwiesen.

Dies sei umso zwingender, als den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen nur noch im Rahmen europäischer und transatlantischer Kooperation und nicht mehr im nationalen Alleingang begegnet werden könne. In diesem Zusammenhang betonte die

Parteivorsitzende, dass die Union an der Wehrpflicht festhalten werde. Kanzlerkandidat Stoiber schloss sich dieser Meinung an und ergänzte: Spätestens der 11. September habe gezeigt, dass Modernisierung und Anpassung der Strukturen der Bundeswehr an die

neuen Anforderungen vorangetrieben werden müssen.

Ein großes Problem sei die technologische Lücke zwischen den europäischen Nationen und den USA. Wer in die strategische Planung eingebunden werden möchte, müsse auch etwas leisten können.

Erneutes Scheitern

■ Bereits im Jahr 2000 sind 2 Prozent weniger Ausbildungsverträge als 1999 abgeschlossen worden. Der erneute Rückgang um 2,2 Prozent in 2001 zeigt deutlich die anhaltende Talfahrt am Ausbildungsmarkt unter der Regierung Schröder. Am eigenen Anspruch gemessen, ist die rot-grüne Berufsbildungspolitik gescheitert.

Marie-Luise Dött, CDU-Bundestagsabgeordnete und Bundesvorstandsmitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU: „Die Ursachen sind in den ständig zunehmenden Belastungen insbesondere der mittelständischen Unternehmen zu sehen, aber auch in dem teilweise mangelhaften Angebot geeigneter Bewerber.“

Krokodilstränen

■ Sicherlich ist es ein ständiger Grund zum Ärger, wenn die Mineralölwirtschaft gerade bei steigender Nachfrage wie jetzt wieder vor Ostern die Preise für Mineralölprodukte kräftig erhöht. Der Ruf von Bundesverkehrsminister Bodewig nach dem Kartellamt ist aber pure Heuchelei. **Dirk Fischer**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Mit ihrer Öko-Steuer ist diese rot-grüne Bundesre-

GERALD WEISS:

Gewerkschaften müssen **neutral** bleiben

Als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion appelliere ich eindringlich an die Gewerkschaften, im Bundestagswahlkampf parteipolitische Neutralität zu wahren. Tun sie das nicht und lassen sie sich vor Schröders Karren spannen, dann beschädigen

sie nicht nur die Idee der Einheitsgewerkschaft. Sie setzen zugleich ihre Glaubwürdigkeit und Schlagkraft bei der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufs Spiel. Die massive Einmischung in den Wahlkampf 1998 war schon schlimmer genug.

gierung der größte Preistreiber auf dem Kraftstoffmarkt. So hat die letzte Stufe der Öko-Steuer zum 1. Januar den Sprit um 4 Cent verteuert – und schon steht zum 1. Januar 2003 die nächste Stufe mit gleicher Verteuerung ins Haus.“

Höhere Strompreise

■ „Ordnungspolitisch verfehlt“ und „ökologisch höchst zweifelhaft“ hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Matthias Wissmann**, das Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz genannt, das zum 1. April in Kraft getreten ist. Seine Auswirkungen: höhere Strompreise. Ein durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt muss in diesem Jahr aufgrund der verfehlten rot-grünen Energiepolitik im Vergleich zu

1998 ca. 380 Euro mehr für Energie ausgeben.

Rote Karte

■ Als großes Reformprojekt hatte die Schröder-Regierung die Novellierung des Jugendschutzgesetzes geplant. Jetzt hat Schröder die Notbremse gezogen. Die heftige Kritik zahlreicher Verbände und – nicht zuletzt – der Union hat gewirkt. Besonders unverantwortlich: die als Kernpunkt der Reform geplante drastische Ausweitung der Ausgehzeiten von Kindern und Jugendlichen ohne Begleitung – bis 23 Uhr für 14-Jährige, bis 21 Uhr für 6-Jährige. **Maria Eichhorn**, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU: „Man kann nicht einerseits betonen, dass man die Erzie-

hungskompetenz der Eltern fördern will, und andererseits deren Erziehungsauftrag behindern.“

Termin versäumt

■ Der 20. März wäre der letzte Tag gewesen, an dem das Kabinett Schröder ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren in Sachen *call-by-call*-Gespräche bei Ortsnetztelefonaten noch in dieser Legislaturperiode hätte durchführen können. Eigentlich war die Umsetzung der auf EU-Ebene bestehenden Verpflichtung zur Ermöglichung von *carrier selection* im Ortsbereich sogar schon im letzten Jahr fällig. **Elmar Müller**, Berichterstatter der CDU/CSU für Post und Telekommunikation: „Von der Verbraucherministerin ist nichts zu hören. Sollte die Bundesregierung weiterhin untätig bleiben, droht ihr das Staatshaftungsrecht, wonach sie Firmen für entgangene Vorteile entschädigen muss.“

Künast fast zynisch

■ In der letzten Zeit häufen sich Fälle, in denen so genannte *dialer*-Programme eine *online*-Verbindung zu einer 0190er Nummer herstellen, ohne dass es der PC-Nutzer merkt, und sich über Internet und *e-mail*-Anhänge in Heimcomputern

einnisten: in betrügerischer Absicht und mit der Folge horrender Gebührenforderungen zwischen 75 und 300 Euro für zwei *online*-Minuten, die erst sehr viel später auf der Telefonrechnung z.B. der Deutschen Telekom erscheinen. **Martina Krogmann**, Internet-Beauftragte, und **Annette Widmann-Mauz**, Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU: „Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen betrügerischen Machenschaften entgegenzuwirken. Ministerin Künast lässt die Beschwerden darüber einfach links liegen. Es ist schon fast zynisch, wie sie für die Opfer nichts anderes als die Empfehlung übrig hat, zur Verbraucherberatung zu gehen.“

Zum vierten Mal

■ Einen Antrag des Landes Berlin von 1998 zur Bekämpfung des Graffiti-unwesens hat die Schröder-Regierung im März 2000 niedergestimmt. ■ Einen entsprechenden Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Rot-Grün im März 2000 ebenfalls abgelehnt. ■ Den Antrag des CDU-geführten Berliner Senats vom Juni 2001 hat der rot-grüne Übergangssenat unter Wowereit zurückgezogen. ■ Jetzt versucht es die Union mit einem Antrag von

Baden-Württemberg von Oktober 2001 noch einmal. Schaden in Höhe von einer viertel Milliarde Euro richten die jugendlichen *sprayer* jährlich an. Private und öffentliche Immobilienbesitzer sind davon betroffen. Über Mieten und Steuern zahlt aber auch jeder andere mit. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Ich fordere Rot-Grün im Bundestag auf, mit uns endlich für einen wirksamen Schutz vor Graffiti-schmierereien zu sorgen.“

Nur ein Placebo

■ Die rot-grüne Koalition hat zwar einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden ins Grundgesetz vorgelegt. Aber sie betreibt dieses Vorhaben nicht wirklich ernsthaft. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Mit der Einlösung ihres Versprechens aus dem Koalitionsvertrag von 1998 hat sie sehr lange gewartet. ■ Sieben Sitzungswochen reichen nicht aus, um eine derart einschneidende Verfassungsänderung mit der gebotenen Gründlichkeit zu beraten. ■ Sie scheint eh mit einer Ablehnung ihres Entwurfs zu rechnen. Alles in allem: Placebo statt Plebiszit.“

VERSÄUMNISSE bei einer wirksamen Begrenzung der Staatsverschuldung hat der Bund der Steuerzahler Finanzminister Eichel vorgeworfen. Er habe bisher zu wenig getan, um nachhaltig die Kriterien zu erfüllen, ohne die es keine Stabilität des Euro gibt. Steuerzahlerbund-Präsident Karl Heinz Däke hält Eichel vor, den von ihm angekündigten Abbau der Neuverschuldung innerhalb von zwei Jahren nur bei einem realen Wachstum von 2,5 Prozent erreichen zu können. Heutiges Wachstum: 0,6 Prozent.

EINE ABSAGE hat die deutsche Wirtschaft der Forderung Schröders erteilt, deutlich mehr Betriebskindergärten einzurichten. Er werde dies von seinen Firmen nicht verlangen, erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Ludwig Georg Braun: „Eher gebe ich als Unternehmer Zuschüsse für einen kommunalen Kindergarten, damit dort mehr Erzieherinnen oder Erzieher eingestellt werden können.“

ZWEI MILLIARDEN Euro kostet jeder freie Tag die deutsche Wirtschaft – ein Effekt, der sich auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auswirkt. Wie das Insti-

tut der deutschen Wirtschaft ermittelte, wäre das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um rund acht Milliarden Euro oder 0,4 Prozent höher ausgefallen, wenn es wie 1999 acht statt zwölf Feiertage gegeben hätte.

KLAGE über zu hohe Arbeitsbelastung in den Finanzämtern führt die Deutsche Steuergewerkschaft. Grund für „jede Menge Mehrarbeit“: die gestiegenen Fallzahlen und die vielen Neuregelungen, die der Gesetzgeber produziert. Zudem hätten die Länder Personal abgebaut. DSTG-Vorsitzender Ondracek: „Dem Staat geht durch diese Entwicklung sehr viel Geld verloren.“

JUNGE MENSCHEN in Ostdeutschland verlassen in immer größerer Zahl ihre Heimat und ziehen aus wirtschaftlichen Gründen in den Westen. Weil vor allem junge Frauen den neuen Bundesländern den Rücken kehrten, werde es für die Männer immer schwieriger, eine Familie zu gründen. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ermittelte, ist der daraus resultierende Bevölkerungsschwund so dramatisch, dass im Jahr 2050 nur noch mit zehn Millionen Einwohnern im Osten Deutschlands zu rechnen ist.

EINE STEIGENDE ZAHL von Schulschwänzern befürchtet die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. GEW-Schulexpertin Marianne Demmer: „Das subjektive Empfinden der Lehrer geht jedenfalls in diese Richtung.“ Auch Schüler geben in Befragungen zu, dass sie Unterricht nicht gerade selten einfach ausfallen lassen – z.B. aus Frust, wenn sie den Anschluss verloren haben, oder weil es schick ist.

EINE STRENGERE Erziehung, um Jugendgewalt und Schulversagen zu begegnen, fordern generell 62 Prozent aller Eltern in Deutschland, nehmen aber ihre eigenen Kinder von dieser Forderung weitgehend aus. In den neuen Bundesländern bezeichnen nach Forsa 60 Prozent die Erziehung, mit der sie selber es bei ihren Kindern halten, als „autoritär“, in den alten sind es 44.

SIEBEN VON ZEHN Menschen in Deutschland glauben nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts NFO Infratest an einen Gott; bei jungen Leuten zwischen 18 und 29 Jahren glaubt etwa jeder zweite an Gott, in den neuen Bundesländern nur jeder dritte. **UD**

Deutschland braucht ein Gesamtkonzept in der **Bio- und Gentechnik**

Zur Vorstellung des Gesamtkonzeptes in der Bio- und Gentechnologie des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation erklärten Prof. Dr. Heribert Offermanns, Katherina Reiche, Helmut Heiderich, Prof. Dr. Hans Günter Gassen:

Die Bio- und Gentechnologie ist eine Leittechnologie der nächsten Jahrzehnte mit sehr breiten Anwendungsmöglichkeiten in Pharma und Medizin, in Landwirtschaft, Lebensmittelherstellung und Umweltschutz. Derzeit ist die öffentliche Diskussion fokussiert auf den Teilbereich der Stammzellforschung. Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Regelung des Imports humaner embryonaler Stammzellen gilt es nun wieder verstärkt, die Bio- und Gentechnik in ihrer ganzen Breite verantwortlich voranzubringen.

Die Schlüsselfaktoren für die Entwicklung der Biotechnik sind: erstklassige Forschung, Mobilisierung privater Mittel, Vernetzung der Forschung, gesellschaftliche Akzeptanz, Rechtssi-

cherheit und Nachwuchsförderung.

Die Biotechnologiepolitik der rot-grünen Bundesregierung ist nicht ausreichend. Sie hat deutliche Schwächen und ist inkonsistent. Wichtige Querschnitts- und Schlüsselfelder, wie die Bioinformatik, kommen zu kurz. Die grüne Gentechnik wird ideologisch ausgebremst. In der Forschungsförderung fehlt die Planungssicherheit, sie stützt sich bisher zu sehr auf eher zufällige *wind-fall*-Gewinne, wie die UMTS-Mittel.

Auch gibt es kein wirtschaftliches Rahmenkonzept, das den seit Mitte der 90er Jahre in einer großen Zahl gegründeten Biotechnologieunternehmen eine stetige und gesunde Entwicklung ermöglicht. Achillesferse des Bio- und Gentechniksektors in Deutschland ist der Fachkräftemangel. Es gibt nur punktuelle Maßnahmen der Nachwuchsförderung, aber kein abgestimmtes Konzept.

Ebenso ist die Frage des Umgangs mit den rasant steigenden Möglichkeiten der Gendiagnostik, insbe-

sondere im Hinblick auf ihre Anwendung im Versicherungswesen und im Arbeitsleben, nicht geregelt. Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation der CDU legt ein Gesamtkonzept Bio- und Gentechnologie vor, mit dem der politische Rahmen abgesteckt wird für eine verantwortbare Entwicklung dieser Schlüsseltechnologie. Das Gesamtkonzept legt den Sachstand in den Forschungs- und Anwendungsfeldern der Bio- und Gentechnik sowie die Situation des Wachstumssektors Biotechnik in Deutschland dar und schlägt politische Maßnahmen für eine weitere positive Entwicklung vor.

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation der CDU fordert:

- Planungssicherheit in der Forschungsförderung;
- Fokussierung der Grundlagenforschung auf Zukunftsfelder, wie zum Beispiel die Funktionsanalyse der entschlüsselten Geno-

me, die Proteomforschung und die Technologieentwicklung für die Genom- und Proteinforschung;

- ein Strategiekonzept für die Bioinformatik. Der Bedarf an Bioinformatikern wächst rapide;

- die Schaffung von nationalen Bionetzwerken unter Beteiligung von Wirtschaft, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie ihre Einbindung in internationale Netzwerke und vor allem das 6. EU-Forschungsrahmenprogramm;

- die verstärkte Einwerbung von privatem Kapital für die Biotechnologieforschung und -anwendung sowie eine Wirtschaftspolitik, die die Entwicklung der jungen Biotechunternehmen stabilisiert;

- den Nachwuchskrätemangel in der Biotechnologie zu beseitigen. Engpässe gibt es nicht nur bei Wissenschaftlern und Akademikern, sondern auch bei Laboranten und Technikern; Verstärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Schulen, Verbesserung der Studienbedingungen in den Natur-

wissenschaften, Reform der Fachschulausbildung, intensive Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und klare Regelung für die Gewinnung von ausländischen Spezialisten sind erforderlich;

- Beendigung der ideologischen Benachteiligung der grünen Biotechnologie; Auflage eines 10-Jahres-Programms für die Entwicklung der biotechnischen Potenziale in Ernährung, natürlicher Rohstoffversorgung, Energieeinsparung und Umweltentlastung; Überwindung des De-facto-Moratoriums hinsichtlich der Zulassung und des Inverkehrbringens von genetisch veränderten Organismen in Europa und Deutschland, schnellstmögliche Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie und Etablierung von praktikablen Kennzeichnungsregelungen mit für den Verbraucher relevanten Informationen;

- Rechtssicherheit bei Genehmigungs- und Zulassungsverfahren sowie bei der Verwertung biotechnologischer Erfindungen. Das heißt: zunächst die EU-Biopatentrichtlinie in deutsches Recht umzusetzen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass das Patentrecht international innovationsfördernd sowie ethisch und

sozialverträglich weiterentwickelt wird;

- Schaffung verbindlicher Regelungen für den Umgang mit genetischer Diagnostik, insbesondere prädiktiver Diagnostik in Medizin sowie auch im Bereich der Versicherungen und in der Arbeitswelt gemäß des Grundsatzes auf informationelle Selbstbestimmung, Freiwilligkeit von Untersuchungen, Ausschluss von Diskriminierungen sowie Sicherstellung von Beratungen und Datenschutz.

ZUR PERSON:

- **Prof. Dr. Heribert Offermanns**, Vorsitzender des Bundesfachausschusses
- **Katherina Reiche** MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gentechnik des Bundesfachausschusses und Mitglied des Bundesvorstands der CDU
- **Helmut Heiderich** MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Gentechnik des Bundesfachausschusses und Sprecher für grüne Gentechnik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Prof. Dr. Hans Günter Gassen**, Mitglied der Arbeitsgruppe Gentechnik des Bundesfachausschusses, TU Darmstadt

http://
 Wortlaut des Gesamtkonzepts: www.cdu.de
 (Politik A-Z/Gentechnik)

Das Engagement der Stiftung in **Israel** wird fortgesetzt

Am 20. März hat sich der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung auf seiner Tagung in Berlin besonders mit der Arbeit der Stiftung in Israel beschäftigt und betont, wie wichtig es sei, die Arbeit dort fortzusetzen.

Die Schwerpunkte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel sind die Förderung von israelisch-palästinensischen Gemeinschaftsprojekten, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der arabischen Minderheit und die Förderung arabisch-jüdischer Zusammenarbeit zur Stabilisierung von Demokratie und Rechtsstaat in Israel sowie die Intensivierung der deutsch-israelischen und israelisch-europäischen Beziehungen.

In diesem Zusammenhang stand auch die Ehrung von Adina Shapiro und Dr. Ghassan Abdullah auf der Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Adina Shapiro, jüdische Lehrerin aus Jerusalem, und Dr. Ghassan Abdullah, muslimischer Lehrer aus Ramallah, gründeten vor fünf Jahren die Middle

East Children Association (MECA) – eine Nichtregierungsorganisation, die sich paritätisch aus Israelis und Palästinensern zusammensetzt. Ihr Ziel ist es, israelische und palästinensische Kinder gemeinsam zu mehr Toleranz und Versöhnung zu erziehen und dafür zunächst einmal auf freiwilliger Basis Lehrer von beiden Seiten auszubilden. Seit drei Jahren arbeitet die MECA mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen. An dem Fortbildungsprogramm nehmen inzwischen 600 Lehrer teil.

Auf der Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung fielen zudem wichtige Entscheidungen über die Ergänzung des Vorstands.

Zum Nachfolger des langjährigen Vorstandsmitglieds Gerhard Stoltenberg,

der am 23. November im vergangenen Jahr gestorben ist, wählte die Mitgliederversammlung Otto Bernhardt MdB, Unternehmensberater und Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung.

Weiter wurde Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP in den Vorstand berufen.

Zum neuen Schatzmeister hat die Mitgliederversammlung Dr. Franz Schoser gewählt. Er war von 1980 bis Oktober 2001 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelsstaates. Schoser löst den Hamburger Finanzsenator Dr. Wolfgang Peiner ab.

Dem Vorstand der Stiftung gehören u.a. an: Ministerpräsident Bernhard Vogel (Vorsitzender), Helmut Kohl, Angela Merkel, Volker Rühe, Wolfgang Schäuble und Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz.

ZUR ERINNERUNG: In der Eingangshalle des Bundesratsgebäudes in Berlin ist am 20. März eine Gedenktafel für Konrad Adenauer enthüllt worden. Sie erinnert an sein Wirken als Präsident des Preußischen Staatsrats von 1921 bis 1933. Schon damals wurde er in Regierungskrisen der Weimarer Republik wiederholt zum Kreis möglicher Kanzlerkandidaten gezählt.

HERMANN GRÖHE:

Immer häufiger Christenverfolgungen durch **militante Fundamentalisten**

Anlässlich der Vorstellung des Beschlusses „Diskriminierung und Verfolgung von Christen in aller Welt“ des Bundesarbeitskreises Menschenrechte erklärte dessen Vorsitzender:

Die Diskriminierung und Verfolgung von Christen hat in den letzten Jahren besorgniserregende Ausmaße angenommen. Der Anschlag auf eine Kirche in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad am 17. März dieses Jahres, der 5 Menschen das Leben kostete und über 40 verletzte, hat diese Tatsache einmal mehr deutlich gemacht.

Während religiöse Toleranz in Deutschland als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird, leiden Christen in vielen Teilen der Welt unter Schikanen, die bis zu Mord reichen. Neben die staatliche Verfolgung tritt



immer häufiger auch die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure, oftmals ausgelöst durch militanten Fundamentalismus zumeist islamistisch- oder hinduistisch-nationaler Strömungen.

Religionsfreiheit ist eines der grundlegenden Menschenrechte und in internationalen Menschenrechtskonventionen festgeschrieben. Die Missachtung dieses Rechts bedeutet einen eklatanten Verstoß gegen völkerrechtliche Vereinbarungen. Die CDU erwartet von allen Staaten, dass sie in

ihren Ländern Religionsfreiheit gewähren und den Glauben von religiösen Minderheiten respektieren.

Um die Lage verfolgter Christen in aller Welt zu verbessern, fordern wir:

- die Religionsfreiheit zu einer Kernaufgabe deutscher und europäischer Außenpolitik zu machen. Dieses Thema darf bei internationalen Kontakten nicht unter den Tisch fallen;

- Deutschland und die EU sollten einen jährlichen Bericht über die Religionsfreiheit erstellen, der im Umgang mit anderen Staaten zu einer wichtigen Informationsquelle werden könnte;

- die wirtschaftliche und politische Unterstützung von Entwicklungsländern sollte nicht zuletzt von der Beachtung der Menschenrechte und damit der Gewährleistung der Religionsfreiheit abhängig gemacht werden.

[http://](http://www.cdu.de/idx-menschenrechte.htm)

Vollständiger Beschluss:
www.cdu.de/idx-menschenrechte.htm

TERMIN: ■ Für mehr Beschäftigung ■ eine familienfreundliche Gesellschaft ■ soziale Sicherung und Vermögensbeteiligung. Auf einer Konferenz mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel will die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) zu diesen Themen eine offene Aussprache führen: **am 2. Mai in Düsseldorf** ab 17.30 Uhr im Saal HWI, Werdener Straße 4.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

ÖKOSTEUER

Aprilscherz und Wechselbalg

Mit dem 1. April 1999 verbinden Autofahrer eine grimmige Erinnerung: die Einführung der so genannten Ökosteuer. Die neue Aufgabe, tröstete man sie, stelle eine geniale Verknüpfung von Umweltschutz, Rentensicherheit und mehr Beschäftigung dar. Tatsächlich hat auch der dritte Jahrestag dieser fiskalischen Erfindung nichts daran geändert, dass es sich um einen Wechselbalg handelt. Die Ausgangsidee – Belastung der Umwelt, Entlastung der Arbeit – klang so charmant wie einleuchtend. Hinter ihr verbirgt sich eine bizarre Verknüpfung: je höher der Benzinverbrauch desto sicherer die Renten. Was geschieht also mit den Renten, wenn die Ökosteuer ihre Lenkungsfunktion erfüllt und tatsächlich entscheidend weniger Energie verbraucht wird? Oder bei einer Ölpreiskrise wie in den

70er Jahren – angesichts der Weltlage keineswegs ausgeschlossen? Die Welt

SACHSEN-ANHALT

Quittung befürchtet

SPD und Kanzler schauen mit Sorge auf Magdeburg. Die Landtagswahl könnte ein ähnliches Signal setzen wie die Hessen-Wahl. Einer ratlosen Bundesregierung droht dort zum ersten Mal die Quittung für ihre Politik. Dazu braucht es gar kein besonderes Kampagnenthema mehr wie Zuwanderung. Dazu reicht die Bilanz der Regierungspolitik im Land wie in Berlin. Denn von der Chefsache, zu der Schröder den Aufbau Ost erklärte, hat man in Sachsen-Anhalt wohl am wenigsten gespürt. Die Welt

BERLIN

Probe nicht bestanden

Der Exodus der Berliner Industrie hält an. Nun hat es

das Traditionsunternehmen Herlitz getroffen. 3000 Mitarbeiter bangen um ihren Job, Aktionäre um ihre Ersparnisse, Lieferanten um die Bezahlung ihrer Rechnungen. Versagt haben die Vorstände. Versagt haben die Banken. Versagt hat auch die Politik. An der entscheidenden Sitzungsrunde über die Zukunft des Unternehmens nahmen weder Bürgermeister Klaus Wowereit noch Finanzsenator Tilo Sarrazin oder Wirtschaftssenator Gregor Gysi teil. „Gysi hat seine erste große Bewährungsprobe nicht bestanden“, urteilt Verdi-Chefin Susanne Stumpfenhusen. Welt am Sonntag

VERFASSUNG

Zweifelhaftes Vorgehen

Die SPD schützt den Bundesratspräsidenten, den Bundespräsidenten und sogar noch das Bundesverfassungsgericht vor der Union. So jedenfalls sieht sie es selbst. Ihre beschimpfenden Mahnungen – „Haltet das

NEW

Gründungsjahr 1920

NPOST

INTERNKUR

WIRTSCHAFT

Maul!“ rief der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck vergangene Woche in Richtung Union – sollen aber vor allem eine regierende Partei vor den Rechtsmitteln der Opposition schützen. Als Parteileute mögen Struck und Müntefering sagen, was sie meinen. Schröder, Innenminister Schily und Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin aber sind Träger hoher Staatsämter. Als solche sind sie nicht dazu berufen, das zumindest zweifelhafte Vorgehen des zweithöchsten Amtsträgers Wovereit auf seine Verfassungsmäßigkeit hin zu bewerten.

FAZ

JUGENDSCHUTZ

Rüffelkompetenz

Ein knallharter Nebensatz, ein Lächeln und – schwuppdiwupp – ist ein Kernpunkt des neuen Jugendschutzgesetzes vom Tisch gefegt. Hugh, Gerhard Schröder hat gesprochen. Basta. Es ist nicht das erste Mal, dass der Kanzler seine Richtlinienkompe-

tenz mit Blick auf seine Familienministerin als Rüffelkompetenz gestaltet. Christine Bergmann zu demütigen, ist eine Dauer-Beschäftigung des Kanzlers. Noch bevor sie mitteilen konnte, dass die Novelle, die es 14-Jährigen erlaubt hätte, bis 23 Uhr alleine in der Disko zu bleiben, zurückgezogen wird, schaffte er Fakten. Öffentlich. Schröder hat weiterhin ein Gespür für das, was die meisten Menschen wollen. Neue Freiheiten für amüsierfreudige Teenies – dies zeigt die Welle der Empörung der letzten Wochen – gehört offenkundig nicht dazu.

Rheinische Post

NAHOST

Israel im Krieg

Dieser Krieg wurde dem Land aufgezwungen von den Nihilisten der islamistischen Terrororganisationen Hamas, Dschihad und Al-Aksa-Brigaden. Mit der „Operation Wall“ will Scharon das erledigen, wozu Arafat nie in der Lage war oder was er

auch nicht wollte: die Aushebung aller Terrornester in den autonomen Palästinensergebieten. Der Premier reagiert auf die verheerenden Anschläge auf die israelische Zivilbevölkerung. Er muss handeln. Die Welt

Gegen die Infrastruktur des Terrorismus

Die Sprache, in der Ministerpräsident Scharon den Führer der Palästinenser, Arafat, zum Feind Israels und dem Terrorismus den Krieg erklärt hat, erinnert an die Wortwahl des amerikanischen Präsidenten nach dem Massenmord vom 11. September. Scharon sieht Israel ähnlich in seiner Existenz bedroht wie Bush Amerika, und er wähnt – wie Bush – sein Land in einem Krieg, den er nicht gewollt habe. Er fühlt sich genötigt, auf ebenso militärische Weise gegen die Infrastruktur des Terrorismus vorzugehen. Setzt man die israelischen Opferzahlen palästinensischer Attentate ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, dann ist die Analogie so schief nicht. FAZ

Die Adressen der Rundfunk- und Fernsehanstalten

■ ARD-Zuschauerredaktion

Arnulfstr. 42
80335 München
Tel.-Nr. 089-5900-3344
Fax-Nr. 089-5900-3249
E-Mail: info@ARD.de

■ Arte-Zuschauerdienst

2A, rue de la Fonderie
F-67080 Strasbourg Cedex
Tel.-Nr. 00 33-3 88-14 22 55
Fax-Nr. 00 33-3 88-14 21 60
E-Mail: communication@arte-tv.com

■ Bayerischer Rundfunk

Rundfunkplatz 1
80300 München
Tel.-Nr. 089-59-0001
Fax-Nr. 089-59-00-23 75
E-Mail: zuschauerredaktion@br-online.de

► *Intendant:* Dr. Thomas Gruber. *Fernsehdirektion:* Sigmund Gottlieb

■ DeutschlandRadio

Hans-Rosenthal-Platz
10825 Berlin
Tel.-Nr. 030-85 03-0
Fax-Nr. 030-85 03-61 68
E-Mail: deutschlandradio.berlin@dradio.de

► *Intendant:* Ernst Elitz. *Programmdirektion:* Dieter Jespen-Föge

SCHREIBEN SIE!

Politisch einseitige Medienberichte – wie es in einem Brief an uns heißt – haben wieder UiD-Leser veranlasst, nach Anschriften und Programmverantwortlichen der wichtigsten Rundfunk- und Fernsehsender zu fragen.

Eine solche Zusammenstellung gab es bereits in der letzten UiD-Ausgabe von 2000. Für den Wahlkampf bringen wir sie noch einmal.

Ihr Brief wird Eindruck machen

Unterschätzen Sie nicht die Wirkung eines kritischen Briefs. Je nachdem, wie Sie ihn abfassen, wird er Eindruck machen und zu Konsequenzen führen – vor allem dann, wenn sich andere ähnlich äußern wie Sie.

■ Deutscher Presserat

Postfach 7160
53071 Bonn
Tel.-Nr. 02 28-9 85 72-0

Fax-Nr. 02 28-9 85 72-99
E-Mail: info@presserat.de

■ 3sat

ZDF-Straße 1
55100 Mainz
Tel.-Nr. 061 31-701
Fax-Nr. 06 13 17-09090
E-Mail: info@3sat.de

► *Zentralredaktion:* Engelbert Sauter

■ Deutsche Welle TV

Voltastraße 6
13355 Berlin
Tel.-Nr. 030-46460
Fax-Nr. 030-4631-998
E-Mail: online@dwell.de

► *Intendant:* Erich Bettermann. *Fernsehdirektion:* Christoph Lanz

■ Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen e.V.

Lützowstraße 33
10785 Berlin
Tel.-Nr. 030-23 08 36-0
Fax-Nr. 030-23 08 36-70
E-Mail: info@fsf.de

■ Hessischer Rundfunk

Bertramstraße 8
60320 Frankfurt am Main
Tel.-Nr. 069-15 51
Fax-Nr. 069-1 55 29 00
E-Mail: Publikums-service@hr.de

► *Intendant*: Prof. Dr. Klaus Berg. *Programmdirektion*: Manfred Grupp

■ **Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)**

Kantstraße 71-73
04275 Leipzig
Tel.-Nr. 03 41-3000
Fax-Nr. 03 41-3 00 67 89
E-Mail: zuschauerredaktion@mdr.de

► *Intendant*: Prof. Dr Udo Reiter. *Programmdirektion*: Wolfgang Kenntemich

■ **N 24**

Gartenbergstraße 1
85774 Unterföhring
Tel.-Nr. 089-9507-24 24
Fax-Nr. 089-9507-24 00
E-Mail: info@n24.de
► *Geschäftsführer*: Ulrich Ende. *Chefredaktion*: Peter Limbourg

■ **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**

Rothenbaumchaussee 132
20149 Hamburg
Tel.-Nr. 040-41 56-0
Fax-Nr. 040-44 7602
E-Mail: info@ndrvt.de

► *Intendant*: Prof. Jobst Plog. *Programmdirektion*: Dr. Jürgen Kellermeier

■ **N-TV**

Taubenstraße 1
10117 Berlin
Tel.-Nr. 030-20 1900
Fax-Nr. 030-20 1905 05
E-Mail: info@n-tv.de

► *Geschäftsführer und Programmverantwortlicher*: Dr. Helmut Brandstätter

■ **Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB)**

Marlene-Dietrich-Allee 20
14482 Potsdam
Tel.-Nr. 03 31-7 31-0
Fax-Nr. 03 31-7 31-35 71
E-Mail: orbonline@orb.de

► *Intendant*: Prof. Dr. Hansjürgen Rosenbauer. *Fersehdirektion*: Volker von der Heydt

■ **Phoenix**

Langer Grabenweg 45-47
53175 Bonn
Tel.-Nr. 0 1802-82 17
Fax-Nr. 0 1802-82 13
E-Mail: phoenix@zdf.de

► *Geschäftsführer und Programmverantwortlicher*: Bodo H. Hauser

■ **Pro Sieben**

Medienallee 7
85774 Unterföhring
Tel.-Nr. 089-9507-10
Fax-Nr. 089-9507-11 84
E-Mail: info@prosieben.com

► *Geschäftsführer*: Nicolas Paalzw

■ **RTL**

Aachener Straße 1044
50858 Köln
Tel.-Nr. 02 21-4 56-0
Fax-Nr. 02 21-4 56-1690
E-Mail: info@rtl.de

► *Geschäftsführer*: Gerhard Zeiler. *Chefredaktion*: Hans Mahr

■ **RTL II**

Bavariafilmplatz 7
82031 Grünwald
Tel.-Nr. 089-64 185-0
Fax-Nr. 089-641 85-999
E-Mail: empfang@rtl2.de

► *Geschäftsführer*: Josef Andorfer. *Chefredaktion*: Jürgen Ohls

■ **Saarländischer Rundfunk**

Funkhaus Halberg
66100 Saarbrücken
Tel.-Nr. 0681-6020
Fax-Nr. 0681-6023874
E-Mail: info@sr-online.de

► *Intendant*: Fritz Raff. *Programmdirektion*: Werner Zimmer

■ **Sat 1**

Jägerstr. 32, 10117 Berlin
Tel.-Nr. 030-2090-0
Fax-Nr. 030-2040-20 90
E-Mail: info@sat1.de

► *Geschäftsführer*: Jürgen Doetz. *Chefredaktion*: Jörg Howe

■ **Sender Freies Berlin**

Masurenallee 8-14
14057 Berlin
Tel.-Nr. 030-30310
Fax-Nr. 030-3015062
E-Mail: presse@sfb.de

► *Intendant*: Horst Schättle. *Programmdirektion*: Barbara Groth

„Gerechtigkeit gestalten“

ist das Leitwort der 39. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zu der Jochen Borchert, Bundesvorsitzender des EAK, nach Würzburg eingeladen hat

Die Tagung findet am 10. und 11. Mai statt: im Franconia-Saal des Congress Centrums.

Höhepunkt am ersten Tag ist von 17.00 bis 18.30 Uhr eine öffentliche Kundgebung mit dem Kanzlerkandidaten der Union **EDMUND STOIBER**. Er greift das Leitwort der Tagung auf und spricht über „Gerechtigkeit als politische Herausforderung“.

In drei Arbeitsgruppen wird über Familie, Gesundheit und Bildung beraten.



50 JAHRE
EAK

1952-2002

Der erste Tag endet mit einem Theologischen Abendgespräch, an dem u.a. Bischof Huber, der bayerische Innenminister Beckstein und Ingo Friedrich MdEP teilnehmen.

Am Sonnabend spricht Prof. Kirchhof über Steuergerechtigkeit.

Zwischen 13.15 Uhr und 14.30 Uhr findet eine zwei

te öffentliche Kundgebung, und zwar mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller statt, der über das Ziel der Zuwanderungspolitik spricht, nämlich deren „gerechte Gestaltung“.

■ Südwestrundfunk

Neckarstraße 230
70190 Stuttgart
Tel.-Nr. 07 11-92 90
Fax-Nr. 07 11-92 92 600
E-Mail: tv@swr-online.de
▶ *Intendant:* Prof. Peter Voß. *Programm direktion:* Christof Schmid

■ VOX

Richard-Byrd-Straße 6
50829 Köln

Tel.-Nr. 02 21-9 53 40

Fax-Nr. 02 21-9 53-8000

E-Mail: mail@vox.de

▶ *Geschäftsführerin:* Anke Schäferkordt. *Chefredaktion:* Marko Langer

■ Westdeutscher Rundfunk (WDR)

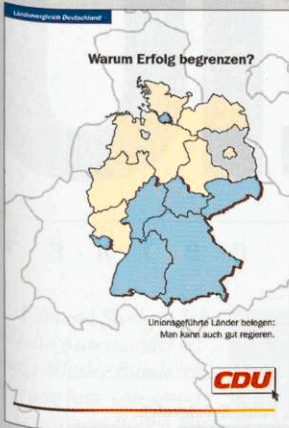
Appelhofplatz 1
50667 Köln
Tel.-Nr. 02 21-2 20-0
Fax-Nr. 02 21-2 20-44 80

E-Mail: osc@wdr.de

▶ *Intendant:* Fritz Pleitgen
Programmdirektion: Jörn Klamroth

■ ZDF

ZDF-Straße 1
55100 Mainz
Tel.-Nr. 061 31-70 21 61
Fax-Nr. 061 31-70 21 70
E-Mail: info@zdf.de
▶ *Intendant:* Markus Schächter

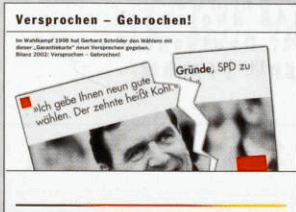


Faltplan „Ländervergleich“

Unionsgeführte Länder belegen: Man kann auch gut regieren

Best.-Nr.: 2865

50 Expl.: 15,25 €
(16,32 €)



Klappkarte „Versprochen - Gebrochen“

Die 9 Wahlversprechen der SPD

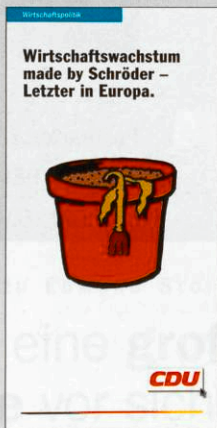
Best.-Nr.: 9864

100 Expl.: 6,90 € (8,00 €)

Leporello „Wirtschaftswachstum“

Best.-Nr.: 2813

100 Expl. 15,00 €
(16,05 €)



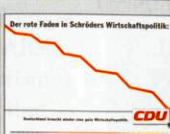
Postkarte „400 Euro“

Best.-Nr.: 9818

500 Expl. 40,00 €
(46,40 €)

Postkarten-Edition „Wirtschaftswachstum made my Schröder“

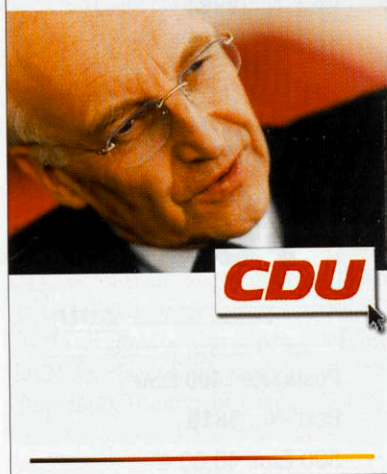
Best.-Nr.: 9815 5 Sets
(1 Set = 6 Motive)
1,85 € (1,98 €)





Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Stoiber kommt.



Rednerplakat „Edmund Stoiber“

DIN A 1

Best.-Nr.: **8859**

50 Expl.: 15,00 € (17,40 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **8858**

50 Expl.: 29,00 € (33,64 €)

Kantig. Echt. Erfolgreich.



Postkarte „Edmund Stoiber“

Best.-Nr.: **9860**

100 Expl.: 6,90 € (8,00 €)

BESTELLANSCHRIEB

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
dcd-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.